

2022 VIENNA CONFERENCE ON THE HUMANITARIAN IMPACT OF NUCLEAR WEAPONS (Außenministerium der Republik Österreich)

THOMAS HAJNOCZI

Nachdem die letzte Internationale Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen 2014 in Wien stattgefunden hatte, war eine neue zu diesem Thema überfällig. Daher veranstaltete das österreichische Außenministerium am 20. Juni 2022 die Wiener Konferenz über die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen. Fast 800 Teilnehmer/innen aus mehr als 80 Staaten waren am Tag vor dem Beginn des 1. Vertragsstaatentreffens des Atomwaffenverbotsvertrags ins Austria Center Vienna gekommen. Schließlich ist ja das enorme Leid, das Nuklearwaffen Menschen zufügen, grundlegend für das Erfordernis einer Welt ohne Atomwaffen und die Hauptmotivation für den Atomwaffenverbotsvertrag.

Nach Eröffnungsansprachen von Außenminister Schallenberg und der Hohen Repräsentantin der Vereinten Nationen für Abrüstung, Nakamitsu hielt Friedensnobelpreisträger und ehemaliger Generaldirektor der IAEA El Baradei eine eindrucksvolle Rede, die so wie die ganze Konferenz unter <https://www.bmeia.gv.at/en/european-foreign-policy/disarmament/weapons-of-mass-destruction/nuclear-weapons/2022-vienna-conference-on-the-humanitarian-impact-of-nuclear-weapons/2022> Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons nachgehört werden kann.

Die Ansprachen eines Hibakushas, einer Enkelin der Atombombenopfer von Hiroshima, sowie einer Spre-

cherin der Atomtestgeschädigten von den Marshall-Inseln bezeugten, dass das von Atombomben verursachte ungeheure menschliche Leiden sogar nach mehr als 70 Jahren noch anhält. Die Panelist/en/innen stellten neue Forschungsergebnisse vor, die zeigten, dass die Folgen eines Nuklearkrieges katastrophale globale und viele Jahre anhaltende Folgen hätten, z.B. das schlagartige Einsetzen einer neuen Eiszeit mit verheerenden Missernten und je nach der Anzahl der eingesetzten Atombomben sogar Milliarden Hungertoten.

„Die neun Atomwaffenstaaten müssen ohne weitere Verzögerung und Vorbedingung die erforderlichen Maßnahmen beschließen, die den Grundstein für eine dauerhafte Abschaffung der Atomwaffen legt“.

Mohamed El Baradei

Weitere wichtige Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es kann keine ausreichende Katastrophenvorsorge oder -hilfe für Atombombeneinsätze geben.
- Das Risiko einer gewollten oder durch Irrtum bzw. ein technisches Missgeschick verursachten Atomwaffendetonation hat aus politischen, strategischen und technologischen Gründen eine nie dagewesene Höhe erreicht.
- Selbst die Detonation einer einzigen kleinen taktischen Nuklearwaffe hätte schreckliche und komplexe Wirkung. Außerdem würde sie das Risiko einer Eskalation bis hin zu einem totalen Nuklearkrieg bringen.
- Krieg zwischen Nuklearwaffenstaaten ist nicht nur möglich, sondern hat bereits mehrmals stattgefunden. Die regionalen und globalen Spannungen machen ihn heute plausibel.
- Der Verlust eines gemeinsamen Verständnisses von Grundregeln, Normen und Standards verschärft die Unsicherheit.



El Baradei

Bild: Alexander Papis for ICAN; Nuclear Ban Week Vienna

NUKLEARWAFFEN

- Substantielle und nicht nur deklaratorische Risikoreduktionsmaßnahmen sind kurzfristig erforderlich. Jedoch bringt nur eine Eliminierung der Nuklearwaffen wirklich effektive Verhütung.
- Die Theorie der nuklearen Abschreckung ist aufgrund des technologischen Fortschritts noch zweifelhafter geworden.
- Sicherheit durch nukleare Abschreckung erzielen zu wollen, ist nicht tragfähig. Wenn die nukleare Abschreckung versagt, dann tut sie es mit katastrophalen Effekten. Wie kann eine Waffe, die die Existenz

unserer Zivilisation gefährdet, als Grundlage der Sicherheit dienen?

- Die humanitäre Perspektive sollte alle Abrüstungsdiskussionen und -foren prägen und könnte die Stärkung der Abrüstungsbemühungen erreichen.
- Weitere Forschung und das Zusammenführen der schon vorliegenden Ergebnisse in eine integrale Sichtweise sind nötig.

Mag. Dr. Thomas Hajnoczi war Leiter der Abteilung Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation im BMEIA.

MELDUNG

Kriegswaffe Streumunition

Im Krieg Russland–Ukraine wird von beiden Seiten die völkerrechtlich verbotene Streumunition eingesetzt. Von Jänner bis Juni 2022 waren 689 Zivilpersonen Opfer dieser Angriffe. Diese Zahl wird nicht nur wegen der anhaltenden Verwendung dieser Munition steigen, sondern auch auf Grund der Tatsache, dass viele Geschosse nicht explodieren und als Blindgänger weiterhin eine Gefahr darstellen. Der jährliche Streumunitions-Monitor konnte hingegen 2021 und teilweise 2022 keine derartigen Einsätze in anderen Staaten feststellen. Die jetzt wieder verstärkt verwendete Streumunition wird auch Thema in der Vertragsstaatenkonferenz Anfang September 2022 in Genf sein.

Die Konvention zum Verbot von Streumunition (Oslo-Konvention) ist 2010 in Kraft getreten. 110 Staaten haben ratifiziert, 23 weitere unterschrieben. Weder Russland noch die Ukraine gehören zu den Vertragsstaaten. Streumunition wird vor allem in großer Zahl aus Behältern oder Geschossen ausgestoßen und stellt eine Gefahr (wie bei Personenminen) vor allem für Zivilpersonen und Kinder dar. (Red.)

Atomwaffen in Belarus?

Wie Medien berichten, hat Präsident Lukaschenko angeordnet, dass geeignete Flugzeuge der Luftwaffe für die Bestückung mit Atomwaffen ausgerüstet und zertifiziert werden. Ähnlich der atomaren „Teilhabe“

in Deutschland könnten dann russische Atombomben mit belarussischen Flugzeugen ins Ziel fliegen. (Red.)

NPT-Konferenz ohne Schlusserklärung

Die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im August 2022 in New York wurde ohne die Verabschiedung eines Schlussdokuments beendet. Unterschiedliche Sichtweisen auf den Ukrainekrieg, auf den Iran-Deal und die Situation mit Nordkorea verhinderten eine gemeinsame Erklärung. Der Artikel VI des Vertrages, welcher auch die atomare Abrüstung festlegt, wird von den AW-Staaten weiterhin nicht umgesetzt. Die Gefahr, dass sich weitere Staaten Atomwaffen besorgen, besteht weiterhin. (Red.)

EU als Kriegspartei?

Beim Verteidigungsminister-Treffen Ende August 2022 in Prag wurde die Möglichkeit einer koordinierten Waffen- und Militärausbildung der EU für die Ukraine angedacht. Ausbildungen dieser Art finden schon in verschiedenen Ländern statt. Neu wäre der Plan, diese Ausbildung direkt in der Ukraine durchzuführen, was wohl von Russland als direkte Kriegsbeteiligung gesehen wird. Österreichs Verteidigungsministerin Tanner hat dabei Neutralitätsbedenken, pocht aber auf rechtliche Grundlagen und Klärung der Inhalte solcher Missionen. (Red.)